

## **OFFENER BRIEF**

Bürgerinitiative „PRO Lachwald aber ohne Windkraft“  
Vorsitzender Peter Wetzler

**An den Bürgermeister der Gemeinde Schwalbach  
Hans-Joachim Neumeyer**

**An alle Mitglieder des Gemeinderates**

**An die Mitglieder des neu konstituierten Umweltrats der Gemeinde Schwalbach**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
die Gründung eines Umweltrats in der Gemeinde klingt positiv und weist den Weg in die richtige Richtung, sofern dieser Umweltrat tatsächlich auch bereit ist, sich dem Naturschutz, und dem Umweltschutz zu verschreiben. Unter dieser Konstituierung und deren Aufgaben verstehen wir als Bürger auch, dass unser Naherholungsgebiet Lachwald nördlich der Autobahn A8 zu schützen ist.  
Doch die augenblickliche Situation in dem Schwalbacher CDU/SPD dominierten Gemeinderat und im Gemeindewald sieht gänzlich anders aus und bereitet Anlass zu größter Sorge!

An die Vertreter bzw. Mitglieder des Umweltrates appellieren wir: nehmen Sie ihre Aufgaben verantwortungsvoll auch hinsichtlich der nachfolgenden Generationen wahr. Sie sollten ihrem Gewissen und dem Allgemeinwohl der Bürger und nicht kurzfristigen parteipolitisch opportunen Gründen folgen.  
Ich möchte in diesem Zusammenhang auf eine Resolution verweisen, welche seiner Zeit vom Ortsrat Elm am 12.09.2016 unterzeichnet wurde und sich gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Sprenger Forst und in Bous richtete. Hier wurden richtigerweise alle Aspekte aufgeführt, die eine Aufstellung von WEA's im Wald entgegenstehen. (siehe Anlage)  
Warum gelten diese Beweggründe heute nicht mehr?

**Die Treuhänder der öffentlichen Wälder sind zu Erfüllungsgehilfen kurzfristiger wirtschaftlicher Interessen geworden.**

In den letzten Jahren fällt regelmäßig eine spezielle Waldrodungsfirma in den Lachwald ein um den Wald mit schweren Großmaschinen immer weiter auszudünnen, dabei breite Schneisen der Verwüstung zu hinterlassen, den Waldboden irreparabel schädigen und Wege zerstören. Brut und Setzzeiten werden ignoriert, die Artenvielfalt wird geschmälert und Bürger in ihrer Erholung im Wald beeinträchtigt.

Unter dem Deckmantel der „Nachhaltigkeit“ und der „wirtschaftlichen Forstwirtschaft“ erleben wir eine zunehmende Industrialisierung und Bewirtschaftung unserer Wälder. Deren gesellschaftliche Bedeutung als Naherholungsgebiet für Körper, Geist und Seele, als Lern- und Erfahrungsort für unsere Nachkommen, wird von der Politik vollkommen ausgeblendet und missachtet.

Damit nicht genug sollen nach Planung und Willen des Gemeinderates im Lachwald weitere Flächen Wald abgeholzt werden um 4 gigantische Windkraftanlagen mit 246 Meter Höhe zu errichten. Hierzu müssen Baumbestände weichen die über hundert und mehr Jahre gewachsen sind. Für die Standorte der WEA's und Fahrwege für die Schwertransporte und benötigten Betonmassen (ca.1800 m<sup>3</sup> je WEA) die mittels hunderter LKW-Fahrten eingebracht werden müssen, zu sichern, wird eine weitere nicht hinnehmbare Belastung des Waldes hingenommen.

Die gerodeten und mit Schotter verdichteten Zufahrtswege müssen für die Dauer der Standzeit (~ 20 Jahre) der WEA erhalten bleiben um Reparaturen und Transport von schwerkomponenten zu ermöglichen.

**Der Wald wird unwiederbringlich für viele Jahrzehnte sichtbar zerstört sein!**

**Es ist an der Zeit, dass die Politik den Wald als Ökosystem wirksam schützt.**

Hinzu kommen die Dezimierungen durch den Betrieb der WEA an Vögel, Insekten und Fledermäuse. Eine signifikante erhöhte Tötung der Arten ist während ca.20 Jahre Betriebszeit nicht auszuschließen!

**Ausnahmen vom Tötungsverbot verstoßen gegen europäisches Recht!!!**

Das Verwaltungsgericht in Gießen/ Februar 2020: *„Klimapolitische Zielsetzungen eines Mitgliedstaates (EU)“ haben außer Betracht zu bleiben, soweit sie mit geltenden Rechtsvorschriften nicht im Einklang stehen“ zumal Deutschland im Jahr 2019 ca. 37 Milliarden Kilowattstunden Strom mehr exportierte, als es importierte. Die vom Regierungspräsidium Darmstadt erteilte Ausnahme vom Tötungsverbot nach § 45 Abs. 7 S.1 des BNatSchG ist rechtswidrig und darf nicht angewandt werden“, da dies ein Verstoß gegen die vorrangigen Bestimmungen der Vogelschutzrichtlinie“ darstellt. Dies gelte unabhängig davon, ob es sich um eine streng geschützte Vogelart handele oder nicht, so das VG Gericht in Gießen.*

Nicht zuletzt hat das Bundesverfassungsgericht in einer Urteilsbegründung vom 31.05.1990 (2 BvR 1436/87 S.39) bereits festgestellt:

*„Die Bewirtschaftung des Körperschafts- und Staatswaldes, der 58% der Waldfläche in der BRD ausmacht, dient der Umwelt-und Erholungsfunktion, nicht der Sicherung von Absatz und Verwertung forstwirtschaftlicher Erzeugnisse.“*

Darunter würden heute auch die Umweltzerstörung durch Aufstellung von Windrädern im Wald fallen.

**Wir Bürger fordern auch im Interesse der nachfolgenden Generationen den Schutz des Lachwaldes** und ein klares Bekenntnis zum Schutz der Gemeinwohl-Funktion und eine Politik die unsere Bürgerinteressen wahrnimmt.

Den Wald wegen seiner Bedeutung für die Umwelt insbesondere für die dauerhafte Leistungsfähigkeit, die Biodiversität, das Klima, den Wasserhaushalt, die Luftreinhaltung, die Bodenfruchtbarkeit, das Landschaftsbild, und damit die Erholung der Bevölkerung sowie wegen seines forstwirtschaftlichen Nutzens zu erhalten und durch eine naturschonende Bewirtschaftung nachhaltig zu sichern.

In Zeiten des schnell voranschreitenden Klimawandels können wir es uns nicht leisten, eine solch ökologisch wertvolle Fläche zu zerstören. Aus Klima-und Artenschutzgründen müssen wir sie vielmehr bewahren.

Mit größter Besorgnis beobachten wir Mitglieder der Bürgerinitiative Pro Lachwald die zerstörerische Entwicklung in unserem Naherholungsgebiet.

**Wir fordern daher:**

***Stoppen Sie die Pläne weiterer Zerstörung des Lachwaldes durch einen Verstoß gegen das Nachhaltigkeitsprinzip.***

***Stoppen Sie die nicht hinnehmbaren Industrialisierung des Lachwaldes mit Windkraftanlagen.***

***Gerne nehmen wir ihre Stellungnahme entgegen.***

***Mit freundlichen Grüßen***

***Peter Wetzer***

***Vorsitzender der BI ProLachwald aber ohne Windkraft***

***Siehe Anlage***

# Resolution

gegen die Errichtung von Windrädern im Sprenger Forst und in Bous (800m nach Ende der Vöklinger Straße in Elm)

## **Der Ortsrat unterstützt grundsätzlich die Ziele der Energiewende!**

Der Ortsrat spricht sich jedoch aus folgenden Gründen gegen die Errichtung von Windrädern im Sprenger Forst und in Bous aus:

- Die Rodung großer Waldflächen stellt einen mittelfristig nicht wiedergutzumachenden Verlust dar (pro Windrad wird mehr als 1 Hektar Wald abgeholzt für Fundament, Kranaufstellfläche, Montageareal und Wegeausbau für Schwerlastverkehr. Zusätzliche Flächen werden für Stromleitungen und Zuwege benötigt)
- Minderung des Wohn-, Freizeit- und Naherholungswertes
- Die weit über 200m hohen Windräder verunstalten das Ortsbild
- Gesundheitsgefährdende Aspekte wie Schattenschlag und Geräuschkulisse
- Fauna und Flora werden geschädigt
- Im Brandfall besteht zusätzliches zu einem schwerer zu löschenden Waldbrand ein nicht kalkulierbares Brandrisiko und dazu kommt, dass vor Ort die Löschwasserversorgung nicht gewährleistet ist. Dazu besteht eine bedenkliche Nähe zur A8, zur bestehenden Photovoltaikanlage und zum Festivalgelände „Rocco del Schlacko“ mit 25.000 Menschen

Grundsätzlich unterstützt der Rat die Zielsetzung, durch vielfältige Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende mit beizutragen. Windenergieanlagen an diesen relativ windarmen Gebieten lehnen wir jedoch aus oben genannten Gründen ab. Letztendlich subventionieren wir nicht wirtschaftliche Anlagen zu unserem Nachteil mit unseren eigenen Steuergeldern!

Alternativ fordern wir die Prüfung zur Errichtung von Projekten zur Gewinnung regenerativer Energien wie Solarenergie, Bioenergie, Wasserkraft oder Geothermie.

Die Ausweisung eines Vorranggebietes für Windkraftanlagen setzt voraus, dass in einem transparenten Verfahren und im Dialog mit allen Beteiligten ein geeigneter Standort ausgewählt wird, der eine breite Akzeptanz in der Öffentlichkeit besitzt. Dabei sind die berechtigten Interessen der Gemeinde Schwalbach und ihrer Einwohnerinnen und Einwohner sowie die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes in angemessener Weise zu würdigen und zu berücksichtigen.

Der Ortsrat fordert eine Bürgerversammlung und sachgerechte Veröffentlichung sowie mehr Transparenz der von SaarForst/DunoAir geplanten Windräder für die betroffenen Einwohner.

Für den Ortsrat Elm

Christel Albert, Ortsvorsteherin (Elm, den 12.09.2016)

